

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteinmalig mit Wilsdruff der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbeziehung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Wilsdruffer zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 6.45 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 14.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie unsere Wilsdruffer und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Abbestellungspreis 1 Mk. für die 6 gefaltene Korrespondenz oder deren Raum. Nachkommen, die 2 halbjährige Korrespondenz 2.50 Mk. Bei Abbestellung und Lieferauftrag entsprechende Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gefaltene Korrespondenz 3 Mk. Nachbestellungs-Geld für 20 Pfg. Anzeigenannahme bis zum 10. August 10 Uhr. Für die Nachbestellung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jeder Anzeigenschreiber ist verpflichtet, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Arrestum gerät, anzufragen.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Fickne in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Löffel, für den Inzeratentell: Arthur Fickne, beide in Wilsdruff.

Nr. 187.

Freitag den 12. August 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Tischlereiinhalters Robert Bruno Red in Wilsdruff ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen

den 20. September 1921 vormittags 10 Uhr

vor dem hiesigen Amtsgerichte anberaumt worden.

Wilsdruff, den 10. August 1921.

Das Amtsgericht.

Die Elternratswahl findet Sonntag den 4. September vor mittags 10 bis nachmittags 4 Uhr in der Schule nach den Bestimmungen des am 3. August dieses Jahres veröffentlichten 8. Nachtrags zur Ortschulordnung statt.

Stimmberechtigt und wählbar sind beide Eltern oder die gesetzlichen Vertreter der Kinder, die die hiesige Schule besuchen.

Die Wählerliste liegt vom 23. bis 27. August täglich vormittags 9 bis 11 Uhr im Amtszimmer des Schulleiters zur Einsichtnahme aus. Einsprüche gegen dieselbe sind bis zum 28. August unter schriftlicher Begründung beim Schulausschusse zu erheben.

Die Wahlvorschlagslisten sind spätestens bis zum 25. August an den unter-

zeichneten Wahlvorsteher einzureichen. Eine Liste darf höchstens 15 Namen enthalten, muß die Vorgesetzten nach Namen, Stand und Wohnung deutlich und in erkennbarer Reihenfolge aufzählen und von mindestens einem Wahlberechtigten unterschrieben sein. Jeder Liste ist eine Erklärung der Vorgesetzten, daß sie eine auf sie fallende Wahl anzunehmen gewillt sind, beizufügen. Der Name eines Vorgesetzten darf nur auf einer Liste erscheinen. Die eingereichten Listen werden vom 29. August ab im städtischen Verwaltungsgebäude ausgehängt.

Der Stimmzettel soll von weißer Farbe, 9x12 Zentimeter groß und ohne jedes äußere Merkmal sein. Er muß eine der Vorschlagslisten genau bezeichnen, wozu der erste Name einer Liste genügt. Stimmzettel für jeden Wahlvorschlag liegen im Raume der Wahlhandlung zur Entnahme aus.

Wilsdruff, am 9. August 1921.

Der Wahlvorsteher
Schuldirektor Thomas, Schulleiter.

Birnenverkauf an alle Einwohner

bis auf weiteres täglich 8-11 Uhr Zimmer Nr. 2. Pfundpreis 1.—, 1.20, 1.50 Mk. Wilsdruff, am 11. August 1921.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Verhandlungen in Paris betrogen sich um ein Kompromiß, nach welchem eine Teilung des Industriegebietes zwischen Deutschland und Polen vorgezogen ist.

* Die Reichsregierung erdriert augenblicklich neue Steuerpläne, die einen Ertrag für die unumgängliche Erlassung der sogenannten Sachwerte betreffen.

* In Oberschlesien herrscht noch Ruhe, doch gehen die politischen Vorbereitungen für den neuen Putsch in aller Eile vor sich.

* Die Berliner Börse reagierte auf den Verlauf der Pariser Beratung mit einer für mich sehr Hausse, von der hauptsächlich Montanpapiere und von ihnen wiederum besonders obereschlesische Werte Nutzen zogen.

* Auf dem Orient-Kriegsschauplatz ist die Kampftätigkeit erneut in Gang gekommen.

Zwei zu eins.

Einen Schritt weiter ist der Oberste Rat am zweiten Abgangstag immerhin gekommen. Lloyd George hat im Angesicht des französischen Ministerpräsidenten den Stier bei den Hörnern gepackt und den Standpunkt der britischen Regierung mit einer Offenheit dargelegt, die man trotz allem, was schon über seine Anschauungen in der obereschlesischen Frage bisher bekanntgeworden war, als verblüffend bezeichnen kann. Er wies auf die ungeheure Verantwortung der Alliierten hin für den Fall, daß nach der Entscheidung über Oberschlesien ein Konflikt entstehen sollte. Von drei Stimmen hängt das Schicksal des Abstimmungsgebietes ab: von England, von Italien, von Frankreich. Sie stehen sich zwei zu eins gegenüber. Darüber ließ Lloyd George nicht den geringsten Zweifel. Natürlich ist ihm ein Ausgleich der vorhandenen Gegensätze erwünscht, aber er erklärte von vornherein, daß die Regelung der Frage nicht auf Kosten der Mehrheit der schlesischen Bevölkerung erfolgen könne. Er wies auf die Geschichte Oberschlesiens hin, das zum Teil deutsch, zum Teil österreichisch, aber niemals polnisch gewesen sei. Wollte man jetzt aus dem Lande ein neues Ost-Lothringen machen? Unter 2.200.000 Einwohnern fänden sich nur 1.200.000 Polen — man sieht aus diesen Zahlen, daß der britische Ministerpräsident geneigt ist, Oberschlesien nicht für sich allein, sondern als das, was es ja auch in Wirklichkeit ist, als einen Teil ganz Schlesiens anzusehen und zu beurteilen. Das britische Reich, fügte er hinzu, würde niemals eine Lösung akzeptieren, die auf diese Zahlen keine Rücksicht nähme.

Was also bleibe übrig, da man bisher mit Frankreich nicht einig geworden sei? Eine nochmalige Prüfung durch Sachverständige, denen aber nunmehr bestimmte Richtlinien für ihre Arbeit gegeben würden, darunter die, daß die Zuspredung des Landes nicht gemächsweise, sondern entsprechend der Mehrheit zu erfolgen habe, wie sich herausgebildet hat, womit also der ungeheure Unfuss bestritten wäre, daß ein Dorf mit vielleicht 50 oder 100 Einwohnern, weil es an sich eine Einheit bildet, in seiner Bedeutung für das Abstimmungsgebiet so ungemein volkreichen Gemeinden wie z. B. Ratibitz oder Gleiwitz oder Beuthen gleichgestellt würde. Es soll weiter anerkannt werden, daß das Industriegebiet als unteilbares Ganzes zu gelten habe, da es das Herz Oberschlesiens bilde. Und auch dafür scheint den Sachverständigen bereits eine maßgebende Richtschnur gegeben zu sein, daß sie dieses Industriegebiet, da es eine deutsche Mehrzahl anweist, Deutschland zuzusprechen haben. Endlich wird auch grundsätzlich die Untrennbarkeit industriell zusammenhängender Gemeinden wegen ihrer wirtschaftlichen Einheit bestimmt. Lloyd George scheint zu hoffen, daß auf Grund dieser Anweisungen, deren Sinn im einzelnen freilich nicht genau feststeht, und von der französischen Presse vielfach abweichend gegenüber den Berichten der englischen Presse dargestellt wird, eine annehmbare Lösung der Frage zu finden sein werde.

Herrn Briand, dem alle diese Eröffnungen selbstverständlich nichts weniger als angenehm sein konnten, suchte er im übrigen dadurch etwas Salbe auf die Wunde zu streichen, daß er ihm versicherte, die ganze Welt würde, wenn Frankreich abermals ungerecht angegriffen werden sollte, abermals auf seiner Seite stehen. Sie könnten aber nicht zugeben, daß einer von ihnen in der Stunde des Sieges seine Gewalt mißbrauche oder die Gerechtigkeit verleugne, was Herr Briand seinerseits mit der Bemerkung zu entkräften suchte, daß es doch nun einmal Sieger und Besiegte gäbe, und daß der Verfall der Vertrag der Verantwortlichkeiten festgelegt habe. Im übrigen tröstet er natürlich von schönfärbereichen Nebenartikeln wie der, daß Frankreichs Haltung edelmütig sei, daß seine Politik innerlich brutalen Charakter trage und ähnliches mehr. Wäre England aber zugeben, daß die Besiegten ein bevorzugtes Schicksal hätten? Polen solle doch wieder aufleben. Infolgedessen müsse ihm die Möglichkeit gegeben werden, zu leben. Hätte man doch auf der Friedenskonferenz sogar zuerst einstimmig die Willen gezeigt, Oberschlesien den Polen zuzuwenden. Diese hätten sich infolgedessen große Hoffnungen auf einen solchen Gebietserwerb gemacht, die man doch nicht so sehr enttäuschen dürfe. Oberschlesien deutsch? Herr Briand weiß es besser, denn in irgendwelchen Büchern, auf die er sich beruft, wäre das Gegenteil zu lesen. Auch dürfe man nicht unterscheiden zwischen den Stimmen der Arbeiter in den Industriegebieten und den Stimmen der Bauern aus den landwirtschaftlichen Kreisen. Natürlich verfehlte er nicht, zum Schluß seine Bereitwilligkeit zur Verständigung zu versichern, schon mit Rücksicht auf die unerbittlichen Folgen, die entstehen würden, wenn man unberücksichtigter Dinge auseinandergehen müßte.

Während nun die Sachverständigen auf neue zusammenstehen, hebt abermals das große Käsekratzen der gesamten Presse an. Wird man sich verständigen? Werden die Deutschen mit die Polen, wenn eine Verständigung gelangt, dazu ihren Segen geben? Nachdem wir so viele Monate die Ungewißheit über die Zukunft Oberschlesiens ertragen haben, werden auch die wenigen Tage, die uns noch von der letzten Entscheidung trennen, auszuhalten sein. Boretst aber können wir immer nur wiederholen, daß zwischen England und Frankreich der Streit an sich nicht lebendig noch um das obereschlesische Industriegebiet geht, während allen Deutschen auch die landwirtschaftlichen Teile des Abstimmungsgebietes unendlich am Herzen liegen. Ein Sieg der deutschen Sache steht also selbst wenn Lloyd George seinen Willen ungeteilt durchzusetzen vermöchte, keinesfalls in Aussicht.

Eine neue Teilungslinie?

Der diplomatische Berichterhalter des „Daily Chronicle“ meldet aus Paris: Die Sachverständigen hätten sich bereits an die Festlegung einer neuen Grenzlinie gemacht, die von Norden nach Süden, statt von Osten nach Westen verlaufe. England müsse in dem Industriegebiet Boden an Polen überlassen und Frankreich müsse dagegen einen Teil des ganzen unentwickelten Gebietes von Plesch und Rybnitz Deutschland zugesenden. Ein Punkt, der Eindruck gemacht habe, sei der, daß in etwa 15 Jahren das Industriegebiet wahrscheinlich von viel weniger wirtschaftlichem Wert sein werde, während der nichtindustrielle südliche Bezirk entsprechend im Werte steigen werde.

Die Stimmung in Oberschlesien.

Bernünftige Polen im Kreise Ratibitz. In Oberschlesien erwartet alles in friedlicher Spannung die Entscheidung des Obersten Rates. Die Stimmung der deutschen Bevölkerung ist auf das höchste erregt, aber dabei durchaus ruhig und abwartend. Die Stimmungen auf der polnischen Seite gehen auseinander. Charakteristisch für die Haltung der Arbeiterschaft

in dem überwiegend polnischen Teil der Grubenbezirke sind einige neue Betriebsratswahlen in polnischen Hochburgen, die einen überraschenden Erfolg für die deutsche freigeberische Liste hatten. Zu erwähnen ist auch die Tatsache, daß alle Aufforderungen zum Generalkongress in den letzten Tagen, besonders in dem südlichen Industriebezirk und in den Kreisen Plesch und Rybnitz, die von polnischer Seite neu verbreitet wurden, durchaus erfolglos geblieben sind.

Im Kreise Ratibitz haben sogar einige polnische Führer der gemäßigten Richtung namens eines großen Teiles der polnischen Bevölkerung des Kreises Ratibitz an den Obersten Rat einen Protest gegen die Zuteilung des Kreises Ratibitz an Polen gerichtet. Die Besorgnisse der Polen über die Zuteilung an Polen gründeten sich darauf, daß durch ein Herausheben des Kreises Ratibitz der mit dem gesamten Industriegebiet durch Wasserleitungen, Eisenbahnen und Stromleitungen unlosbar verbundene Kreis seinem wirtschaftlichen Ansehen ausgesetzt würde, um so mehr, als eine direkte Eisenbahnverbindung mit Polen fehlt.

Die neuen Putschpläne.

Gegenwärtig herrscht in Oberschlesien äußerlich noch Ruhe. Trotz des allgemeinen Versammlungsverbotes finden überall Besprechungen der Insurgentenführer und Insurgenten statt, in denen über die Vorbereitung zur Eroberung Oberschlesiens gesprochen wird. Es ist damit zu rechnen, daß die Insurgenten diesmal nicht eher loskommen werden, als bis die polnische Armee in Oberschlesien einrückt. Der bereits geplante Putsch soll im letzten Augenblick durch dringende Vorstellungen des englischen und italienischen Botschafters in Warschau verhindert worden sein.

Jenseits der Grenze wird mit Hochdruck Propaganda für einen Krieg mit Deutschland getrieben. In Anschlägen und öffentlichen Aufrufen wird darauf hingewiesen, daß augenblicklich die Pariser Entscheidung über Oberschlesien vorbereitet wird, die zum großen Schaden ausfallen müsse. Sollte dies nicht der Fall sein, so müsse Gewalt anwendbar werden, um das zu nehmen, worauf Polen einen rechtlichen Anspruch habe. Der Schuß der Kufurste bildet die Aufforderung zur Eroberung und Befreiung Oberschlesiens vom preussischen Joch. Zwei Kompagnien der polnischen Grenztruppe sind von Sosnowitz nach Schöpsitz gekommen und von dort vertrieben worden. In der Umgegend von Hindenburg hielten die Polen zusammen mit den Franzosen in der Nacht eine große Feldübungsübung ab. Gewehr- und Handgranatendemonstrationen waren bis in die frühen Morgenstunden zu hören.

Polnische Zukunftsaussichten.

In einigen Orten des Kreises Ratibitz wurden junge Leute im Alter von 19 bis 35 Jahren durch eine besondere Kommission, die sich größtenteils aus Kongresspolen zusammensetzt, herausgeholt und in eine Liste eingetragen, um nach Ratibitz zu einem Beamtenausbildungskursus geschickt zu werden. Ein Transport ist bereits über die Grenze abgegangen. Man hat den zukünftigen Beamten versprochen, sie später im „polnischen Oberschlesien“ je nach Begabung und Befähigung anzustellen. Die Ausbildung geschieht auf Kosten kongresspolnischer Behörden.

Der Orientkrieg.

Die Nachrichten von dem türkisch-griechischen Kriege sind noch immer unklar. Es scheint, als ob in der Nähe von Angora eine Schlacht stattgefunden habe, in der die Griechen angeblich gesiegt haben. Von türkischer Seite wird dagegen angegeben, daß dort die Entscheidungsschlacht noch bevorstehe. Das ließe die Meinung zu, daß allerdings die Griechen in einzelnen Gefechten Vorteile erlangen haben, daß Remal aber die Sache auch nicht für verloren ansieht.

Griechische Meldungen.

Die „Times“ vernehmen aus Smyrna, daß die zweite Phase der griechischen Offensive begonnen hat. Der Angriff